



Verfassungsgerichtshof

**Entscheidung Nr. 166/2023
vom 30. November 2023
Geschäftsverzeichnissnrn. 7889, 7894, 7912 und 7916**

In Sachen: Klagen

- auf teilweise Nichtigerklärung des Gesetzes vom 30. Oktober 2022 « zur Festlegung von zeitweiligen Unterstützungsmaßnahmen infolge der Energiekrise », erhoben von Hélène Engleberty, von Guy van Hoye und von Danielle Domb;
- auf Nichtigerklärung des Gesetzes vom 26. Juni 2022 « zur Gewährung einer Zulage für den Erwerb von Heizöl oder Propangas als Massengut zum Heizen von Privatwohnungen », erhoben von Guy van Hoye;
- auf Nichtigerklärung der Artikel 10 bis 16 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 « zur Gewährung einer zweiten f ederalen Strom- und Gaspr emie », erhoben von Philippe Galloy.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten P. Nihoul und L. Lavrysen, und den Richtern T. Giet, J. Moerman, M. P aques, Y. Kherbache, D. Pieters, S. de Bethune, E. Bribosia und K. Jadin, unter Assistenz des Kanzlers N. Dupont, unter dem Vorsitz des Präsidenten P. Nihoul,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Klagen und Verfahren

a. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 8. November 2022 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 16. November 2022 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob Hélène Engleberty Klage auf Nichtigerklärung der Artikel 42 bis 48 des Gesetzes vom 30. Oktober 2022 « zur Festlegung von zeitweiligen Unterstützungsmaßnahmen infolge der Energiekrise » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 3. November 2022).

b. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 17. November 2022 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 18. November 2022 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob Guy van Hoye Klage auf Nichtigerklärung des Gesetzes vom 26. Juni 2022 « zur Gewährung einer Zulage für den Erwerb von Heizöl oder Propangas als Massengut zum Heizen von Privatwohnungen » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 29. Juni 2022) und auf teilweise Nichtigerklärung des vorerwähnten Gesetzes vom 30. Oktober 2022.

c. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 9. Januar 2023 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 10. Januar 2023 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob Danielle Domb Klage auf Nichtigerklärung der Artikel 42 bis 48 des vorerwähnten Gesetzes vom 30. Oktober 2022.

d. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 16. Januar 2023 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 17. Januar 2023 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob Philippe Galloy Klage auf Nichtigerklärung der Artikel 10 bis 16 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 « zur Gewährung einer zweiten föderalen Strom- und Gasprämie » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 23. Dezember 2022).

Diese unter den Nummern 7889, 7894, 7912 und 7916 ins Geschäftsverzeichnis des Gerichtshofes eingetragenen Rechtssachen wurden verbunden.

Der Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RÄin V. De Schepper und RA J.-F. De Bock, in Brüssel zugelassen, hat Schriftsätze eingereicht, die klagenden Parteien in den Rechtssachen Nrn. 7889, 7894 und 7916 haben Erwidierungsschriftsätze eingereicht, und der Ministerrat hat auch Gegenerwidierungsschriftsätze eingereicht.

Durch Anordnung vom 20. September 2023 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter M. Pâques und Y. Kherbache beschlossen,

- dass die Rechtssachen verhandlungsreif sind,
- die Parteien in der Rechtssache Nr. 7912 aufzufordern, durch einen Ergänzungsschriftsatz, der innerhalb von 10 Tagen ab dem Eingang der Notifizierung dieser Anordnung einzureichen ist, zu präzisieren, ob die klagende Partei beim FÖD Wirtschaft einen Antrag gestellt hat, um die föderale Gasprämie zu erhalten, die im Gesetz vom 30. Oktober 2022 « zur Festlegung von zeitweiligen Unterstützungsmaßnahmen infolge der Energiekrise » vorgesehen ist, und gegebenenfalls ob der FÖD Wirtschaft ihr die Prämie gewährt hat,
- dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und
- dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung am 4. Oktober 2023 geschlossen und die Rechtssachen zur Beratung gestellt werden.

Der Ministerrat hat einen Ergänzungsschriftsatz eingereicht.

Da keine Sitzung beantragt wurde, wurden die Rechtssachen am 4. Oktober 2023 zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachgebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. Rechtliche Würdigung

(...)

In Bezug auf die angefochtenen Bestimmungen und deren Kontext

B.1. Die wirtschaftliche Erholung nach COVID-19 und die russische Invasion in der Ukraine haben einen erheblichen Anstieg der Energiepreise verursacht. In diesem Kontext hat der Gesetzgeber mehrere zeitweilige Unterstützungsmaßnahmen erlassen, um den Privathaushalten zu helfen.

Zu diesen Maßnahmen zählen eine Heizungsprämie von 100 Euro, eine Zulage von 300 Euro für den Erwerb von Heizöl oder Propangas als Massengut zum Heizen von Privatwohnungen, eine Zulage von 250 Euro für Haushalte, die mit Pellets heizen, ein Basispaket Energie zu reduziertem Preis für Privathaushalte, das in der Gewährung einer Prämie für Strom und für Gas besteht, eine zeitweilige Senkung der Verbrauchssteuern auf Diesel und Benzin, eine zeitweilige Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas und eine Ausweitung des Sozialtarifs.

Die klagenden Parteien beantragen die Nichtigerklärung mehrerer Gesetzesbestimmungen über die föderalen Gas- und Stromprämien und die Zulage für den Erwerb von Heizöl oder Propangas als Massengut zum Heizen von Privatwohnungen.

B.2.1. Artikel 3 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 26. Juni 2022 « zur Gewährung einer Zulage für den Erwerb von Heizöl oder Propangas als Massengut zum Heizen von Privatwohnungen » (nachstehend: Gesetz vom 26. Juni 2022) sieht vor, dass allen Anspruchsberechtigten, die zwischen dem 15. November 2021 und dem 31. Dezember 2022 einschließlich von einem Unternehmen beliefert wurden, als Beteiligung an der Bezahlung der Lieferung von Heizöl oder Propangas als Massengut zum Heizen ihres Hauptwohnortes einmalig und pauschal eine Zulage gewährt wird.

Die Höhe dieser Zulage betrug ursprünglich 225 Euro netto. Durch Artikel 8 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. Oktober 2022 « zur Festlegung von zeitweiligen Unterstützungsmaßnahmen

infolge der Energiekrise » (nachstehend: Gesetz vom 30. Oktober 2022) wurde dieser Betrag auf 300 Euro netto angehoben.

Die Zulage wird auf der Grundlage eines vom Anspruchsberechtigten eingereichten Antrags gewährt (Artikel 3 § 1 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juni 2022).

Nach der Begründung ist das Ziel dieser Maßnahme, die andere Maßnahmen für Gas und Strom ergänzt, « einer möglichst großen Anzahl an Bürgern eine finanzielle Unterstützung zu gewähren, um ihnen zu helfen, die Erhöhung der Heizkosten ihrer Wohnung zu bewältigen » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2752/001, S. 4).

B.2.2.1. Mit dem vorerwähnten Gesetz vom 30. Oktober 2022 gewährt der Gesetzgeber jedem Haushaltskunden, der zum 30. September 2022 einen Stromversorgungsvertrag entweder zu einem festen Preis, der nach dem 30. September 2021 abgeschlossen oder verlängert wurde, oder zu einem variablen Preis für seinen Wohnort hat, eine einmalige pauschale Prämie von 122 Euro (Artikel 36 § 1 des Gesetzes). Außerdem wird jedem Haushaltskunden, der zum 30. September 2022 einen Gasversorgungsvertrag entweder zu einem festen Preis, der nach dem 30. September 2021 abgeschlossen oder verlängert wurde, oder zu einem variablen Preis für seinen Wohnort hat, eine einmalige pauschale Prämie von 270 Euro gewährt (Artikel 43 § 1 des Gesetzes).

Diese Prämien gelten für die Monate November und Dezember 2022.

Was die föderale Gasprämie betrifft, haben die an einen kollektiven Anschlusspunkt angeschlossenen Endkunden mit einer gemeinsamen Gasheizungsanlage, die im Rahmen eines Vertrags, der zu der Prämie berechtigt und der in ihrem Namen und für ihre Rechnung von einem anderen Haushaltskunden derselben gemeinsamen Gasheizungsanlage oder von einer Miteigentümerversammlung abgeschlossen wurde, einen Anspruch auf Versorgung haben, ebenfalls Anrecht auf die Prämie (Artikel 43 § 1 Absatz 2 des vorerwähnten Gesetzes). Es wird darauf hingewiesen, dass « die Endkunden für Gas, die eine gemeinsame Heizungsanlage benutzen, ebenfalls in den Genuss dieser Unterstützungsmaßnahme kommen » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2915/001, S. 19).

Die Prämien werden den Anspruchsberechtigten vom Versorger grundsätzlich automatisch gewährt (Artikel 37 und 44 des Gesetzes vom 30. Oktober 2022).

Ein Anspruchsberechtigter, der Gas mit mehreren Familien oder Haushalten über denselben EAN-Anschlusspunkt an das Erdgasverteilungsnetz kauft, muss einen entsprechenden Antrag beim FÖD Wirtschaft einreichen (Artikel 45 desselben Gesetzes).

B.2.2.2. Die föderale Strom- und Gasprämie soll « die Auswirkungen der Energiekrise auf die Energierechnung [...] für die Haushalte abmildern. Mit der Entscheidung, eine Prämie für Strom und Gas über die Strom- und Gasverträge für Privathaushalte zu gewähren, [beabsichtigt der Gesetzgeber,] eine möglichst große Gruppe im Rahmen der föderalen Zuständigkeiten (Energiepreis) [zu erreichen] » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2915/001, S. 19).

In Bezug auf den Betrag der Prämie heißt es in den Vorarbeiten:

« La prime envisagée s'élève à 270 euros pour le gaz et à 122 euros pour l'électricité.

En ce qui concerne la prime pour le gaz, le niveau de la prime correspond à la réduction moyenne annualisée dont bénéficierait un ménage s'il était approvisionné pour 5 MWh à un tarif réglementé (0,13 euros/kWh tout compris) et pour 12 MWh à un tarif commercial (0,26 euros/kWh tout compris) par rapport à une consommation totale (17 MWh) au même tarif commercial. La réduction calculée sur une base annuelle est accordée en tant que prime unique et n'est pas ajustée en fonction de la consommation du ménage.

En ce qui concerne la prime pour l'électricité, le niveau de la prime correspond à la remise moyenne annualisée dont bénéficierait un ménage s'il était approvisionné pour 1,5 MWh au tarif réglementé (0,24 euros/kWh tout compris) et pour 2 MWh au tarif commercial (0,44 euros/kWh tout compris) par rapport à une consommation totale (3,5 MWh) au même tarif commercial. La réduction calculée sur une base annuelle est accordée en tant que prime unique et n'est pas ajustée en fonction de la consommation du ménage.

En aucun cas, la prime n'affecte la TVA due en proportion de la facture ou de la dette impayée. Du point de vue de la TVA, il convient de noter que la prime fédérale pour l'électricité et le gaz ne peut être qualifiée ni de subvention de prix au sens de l'article 26, § 1er, premier alinéa, du Code de la TVA, ni de réduction de prix au sens de l'article 28, 2°, du Code précité. En effet, il n'y a pas de lien nécessaire entre la prime accordée et la facture de gaz et d'électricité sur laquelle elle est imputée. Dans la plupart des cas, la prime est liée à la facture d'électricité et de gaz du ménage auquel la prime est accordée via la facture de gaz et d'électricité. La facture d'électricité est donc utilisée uniquement comme instrument technique pour l'octroi de la prime. Le montant épargné peut être utilisé librement par le ménage en question, pour être dépensé ou non en biens ou services de consommation. Les termes ' facture ', ' note de crédit ', ' rabais ', etc. doivent donc être interprétés dans le contexte de la législation spécifique et sont distincts de leur interprétation traditionnelle dans le contexte de la législation sur la TVA. La

base imposable à la TVA sur la fourniture de gaz et d'électricité ne peut donc en aucun cas être réduite du fait de ce titre » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2915/001, S. 21).

B.2.2.3. Durch das Gesetz vom 19. Dezember 2022 « zur Gewährung einer zweiten föderalen Strom- und Gasprämie » (nachstehend: Gesetz vom 19. Dezember 2022) dehnt der Gesetzgeber das Basispaket Energie auf die Monate Januar, Februar und März 2023 aus, indem er eine zweite föderale Strom- und Gasprämie im Anschluss an die erste Prämie einführt.

Die Bedingungen für den Erhalt der Prämien sind zum großen Teil die gleichen wie die im Gesetz vom 30. Oktober 2022 vorgesehenen Bedingungen, nur mit dem Unterschied, dass die Situation des Anspruchsberechtigten zum 31. Dezember 2022 maßgebend ist und dass der Betrag der Prämie 183 Euro für Strom und 405 Euro für Gas beträgt (Artikel 4 § 1 und 11 § 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022).

Nach einer Bemerkung der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates wurde der Betrag der Prämien ergänzend wie folgt gerechtfertigt:

« Le régime conçu vise à fournir aux ménages un forfait de base énergie à prix réduit unique, composé de deux primes distinctes destinées à la consommation d'électricité et de gaz des clients résidentiels, quel que soit le niveau de consommation d'énergie et indépendamment de l'achat exclusif ou combiné d'électricité et de gaz respectivement pour les différents types d'utilisation du ménage (éclairage, cuisine, chauffage, etc.). En effet, le forfait de base précité a été conçu comme une prime unique et forfaitaire pour l'électricité et le gaz, chacune consistant en un montant absolu résultant d'un coût annuel moyen pour un profil de consommation le plus courant dans le pays. Pour ce faire, on a utilisé des données raisonnablement disponibles sur la consommation moyenne des clients résidentiels, en tenant compte de l'objectif d'attribuer les primes le plus rapidement possible.

La *ratio legis* de ce projet de loi consiste à atténuer l'impact de la crise énergétique sur les factures d'énergie des ménages en proposant un forfait de base énergie à prix réduit et justifie le critère déterminant pour être l'ayant droit de la prime, à savoir être un client résidentiel et titulaire d'un droit de livraison en vertu d'un contrat de fourniture d'électricité ou de gaz conclu au cours d'une période où les prix de l'énergie ont atteint des sommets extraordinaires, à savoir un contrat de fourniture encore actif au 31 décembre 2022 à prix variable ou à prix fixe à condition qu'il ait été conclu ou renouvelé après le 30 septembre 2021, et ce indépendamment du fait qu'une fourniture ait été effectivement reçue ou non au cours de la période pour laquelle la prime est accordé. L'application d'une prime variable en fonction de la consommation concrète ou d'une différenciation des profils de consommation en fonction des sources d'énergie utilisées par le ménage créerait une charge administrative complexe et importante, disproportionnée par rapport à l'objectif visé, et devrait en outre tenir compte des primes ou allocations déjà existantes pour les autres sources d'énergie spécifiques. Le déploiement du compteur intelligent n'est pas non plus encore suffisamment avancé pour connaître la

consommation individuelle de chaque client résidentiel » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2022-2023, DOC 55-3016/001, SS. 9-10).

Im Ausschuss der Kammer hat die Energieministerin erklärt:

« Discrimination et principe d'égalité »

Le Conseil d'État a demandé une clarification de la distinction entre le forfait de base gaz et le forfait de base électricité. L'exposé des motifs a clarifié la question sur la base de quatre points :

- Il s'agit d'un forfait de base pour deux vecteurs, à savoir le gaz et l'électricité, fonctionnant avec une tranche de consommation à laquelle est appliqué un tarif régulé et réduit, indépendamment de la consommation globale de la personne.

- Les primes forfaitaires ont été calculées à partir d'un coût annuel moyen pour le profil de consommation le plus courant, sur la base des tableaux de bord de la CREG.

- Le compteur numérique n'a pas encore été entièrement déployé, de sorte que la consommation des clients n'est pas connue.

- L'application d'une prime variable en fonction de la consommation n'est pas facile à mettre en œuvre sur le plan administratif et compromet une décision rapide de versement de la prime aux citoyens.

Pompes à chaleur et accumulation

Le forfait de base prévoit une prime pour la consommation domestique d'électricité et de gaz. Les pompes à chaleur et le chauffage par accumulation ont déjà été abordés lors de la discussion des premières primes et de la note de politique générale. Le Conseil d'État indique qu'il ne peut et ne doit pas y avoir de différenciation dans la remise pour l'électricité : ' Une prime majorée pour un client résidentiel qui n'a qu'un contrat de fourniture d'électricité et qui chauffe son logement à l'électricité pourrait être en contradiction avec cette intention, sans compter les difficultés pratiques pour distinguer ce client des autres clients résidentiels qui n'ont qu'un contrat de fourniture pour l'électricité mais utilisent d'autres sources d'énergie pour chauffer leur domicile. ' Sur la base de cet avis, le problème des personnes qui se chauffent avec des pompes à chaleur ou par accumulation est plus difficile à résoudre que ce qui pourrait paraître à première vue.

Plusieurs installations de combustion pour un point d'accès unique

La ministre n'a pas connaissance de la situation spécifique évoquée par [le membre]. Elle suppose qu'il s'agit d'un réseau privé ou d'un réseau de distribution fermé, et donc pas d'un approvisionnement par les réseaux publics. C'est ce qui explique qu'une telle situation, à première vue, ne relève pas du champ d'application du projet de loi à l'examen. La ministre est prête à étudier des situations spécifiques, mais elle a du mal à imaginer que les situations concernées soient très nombreuses. Elle souligne également que les réglementations concernant ces réseaux privés ou ces réseaux de distribution fermés diffèrent en fonction de la région où ils sont situés » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2022-2023, DOC 55-3016/004, SS. 9-10).

B.2.3. Mit Artikel 4 § 1 des Programmgesetzes (I) vom 26. Dezember 2022 gewährt der Gesetzgeber allen Anspruchsberechtigten, die zwischen dem 1. Juni 2022 und dem 31. März 2023 einschließlich mit Pellets in loser Schüttung beliefert wurden, eine einmalige und pauschale Zulage von 250 Euro netto als Beteiligung an der Bezahlung der Lieferung von Pellets in loser Schüttung zum Heizen ihres Hauptwohnortes.

Die Zulage ist Haushalten vorbehalten, die weder Anspruch auf die für den Erwerb von Heizöl oder Propangas als Massengut zum Heizen von Privatwohnungen gewährte Zulage noch auf die föderale Gasprämie haben und die nicht den Sozialtarif für Gas erhalten (Artikel 3 Nr. 2 des Programmgesetzes).

Die Heizkostenzulage für Pellets in loser Schüttung wird auf der Grundlage eines Antrags des Anspruchsberechtigten gewährt (Artikel 4 § 1 Absatz 3 des Programmgesetzes).

In Bezug auf die Zulässigkeit

Was die Rechtssachen Nrn. 7889, 7894 und 7916 betrifft

B.3.1. Der Ministerrat führt an, dass die klagenden Parteien in den Rechtssachen Nrn. 7889, 7894 und 7916 kein Interesse an der Beantragung der Nichtigkeitsklärung der angefochtenen Bestimmungen nachwiesen. Der Ministerrat führt zudem an, dass sich die Klage in der Rechtssache Nr. 7894 auf die tatsächlich angefochtenen Bestimmungen beschränken müsse und dass die klagende Partei in dieser Rechtssache kein Interesse an der Anfechtung der Bestimmungen über die föderale Stromprämie nachweise.

B.3.2. Die Verfassung und das Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erfordern, dass jede natürliche oder juristische Person, die eine Nichtigkeitsklage erhebt, ein Interesse nachweist. Das erforderliche Interesse liegt nur bei jenen Personen vor, deren Situation durch die angefochtene Rechtsnorm unmittelbar und ungünstig beeinflusst werden könnte.

Damit die klagende Partei das erforderliche Interesse aufweist, ist es nicht erforderlich, dass eine etwaige Nichtigerklärung ihr einen unmittelbaren Vorteil bietet. Der Umstand, dass die klagende Partei infolge der Klageerhebung erneut eine Möglichkeit erhalten würde, dass ihre Lage vorteilhafter geregelt würde, reicht aus, um ihr Interesse zu rechtfertigen.

B.3.3. Dies trifft im vorliegenden Fall zu, da sich der Gesetzgeber im Fall der Nichtigerklärung der angefochtenen Bestimmungen veranlasst sehen könnte, neue Bestimmungen zu erlassen, mit denen den Haushalten, die wie diese klagenden Parteien mit Strom heizen, eine Prämie gewährt wird.

Folglich weisen die klagenden Parteien in den Rechtssachen Nrn. 7889, 7894 und 7916 ein Interesse an der Beantragung der Nichtigerklärung der Bestimmungen der angefochtenen Gesetze über die föderale Gasprämie und, was die Rechtssache Nr. 7894 betrifft, an der Zulage für den Erwerb von Heizöl oder Propangas als Massengut zum Heizen von Privatwohnungen nach.

Die klagende Partei in der Rechtssache Nr. 7894 weist kein Interesse an der Beantragung der Nichtigerklärung der Bestimmungen über die föderale Stromprämie nach. Sie legt zudem keinen besonderen Beschwerdegrund gegen die Artikel 49 bis 62 des Gesetzes vom 30. Oktober 2022 dar.

B.3.4. Die Klagen sind demzufolge zulässig, insofern sie sich auf die Artikel 8 bis 17 und 42 bis 48 des Gesetzes vom 30. Oktober 2002, sowie auf die Artikel 1 bis 12 des Gesetzes vom 26. Juni 2022 und auf die Artikel 10 bis 16 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 beziehen.

Die Klage in der Rechtssache Nr. 7894 ist im Übrigen unzulässig.

Was die Rechtssache Nr. 7912 betrifft

B.4.1. Der Ministerrat führt an, die Klage in der Rechtssache Nr. 7912 sei unzulässig. Ohne eine Darlegung des Sachverhalts und der Klagegründe könne er seiner Ansicht nach nicht auf die Argumente der klagenden Partei antworten und der Gerichtshof könne die genaue Tragweite der Nichtigkeitsklage nicht bestimmen. Sodann weise die klagende Partei nicht nach,

inwiefern die angefochtenen Bestimmungen ihre Situation und ihre Interessen unmittelbar und ungünstig beeinflussen könnten. Schließlich habe die klagende Partei ihrer Klageschrift keine Kopie des angefochtenen Gesetzes beigefügt.

B.4.2. Die Verfassung und das Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erfordern, dass jede natürliche oder juristische Person, die eine Nichtigkeitsklage erhebt, ein Interesse nachweist. Das erforderliche Interesse liegt nur bei jenen Personen vor, deren Situation durch die angefochtene Rechtsnorm unmittelbar und ungünstig beeinflusst werden könnte.

B.4.3. Die klagende Partei in der Rechtssache Nr. 7912 beanstandet den Umstand, dass sie keinen Anspruch auf eine Prämie für den Gasverbrauch ihrer Heizung habe, da der Gasversorgungsvertrag auf den Namen des Eigentümers des von ihr gemieteten Appartements, der eine Gesellschaft sei, ausgestellt sei.

B.4.4. Auf die Frage des Gerichtshofs präzisiert der Ministerrat, dass die klagende Partei in der Rechtssache Nr. 7912 einen Antrag eingereicht hat, um die vom Gesetz vom 30. Oktober 2022 vorgesehene föderale Gasprämie zu erhalten, und dass der FÖD Wirtschaft diesem Antrag stattgegeben hat.

Ohne dass die Einhaltung der Anforderungen der Artikel 6 und 7 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 geprüft werden muss, genügt die Feststellung, dass diese klagende Partei nicht das erforderliche Interesse nachweist, um die Nichtigerklärung des Gesetzes vom 30. Oktober 2022 zu beantragen.

Die Klage in der Rechtssache Nr. 7912 ist deshalb unzulässig.

Zur Hauptsache

Was die Rechtssachen Nrn. 7889, 7894 und 7916 betrifft

B.5. Die klagenden Parteien führen an, dass die angefochtenen Bestimmungen gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstießen, insofern sie die Haushalte, die mit Strom heizen,

und die Haushalte, die mit Gas heizen (einziger Klagegrund in den Rechtssachen Nrn. 7889 und 7916), die mit Gas, mit Heizöl oder mit Propangas als Massengut heizen (einziger Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7894), unterschiedlich behandelten. Die Haushalte, die mit Strom heizten, erhielten nur eine föderale Stromprämie, während die Haushalte, die mit Gas, mit Heizöl oder mit Propangas als Massengut heizten, neben dieser föderalen Stromprämie eine zusätzliche Prämie oder Zulage für Gas, Heizöl oder Propangas als Massengut erhielten. Die Haushalte, die zu zwei Kategorien gehörten, würden jedoch vergleichbare Mengen an Energie in verschiedenen Formen zum Heizen verbrauchen.

Die klagenden Parteien sind der Auffassung, dass die Haushalte, die mit Strom heizen, Anspruch auf eine gleichwertige Prämie wie diejenige, die den Haushalten, die mit Gas heizen, gewährt werde (Rechtssachen Nrn. 7889 und 7916) oder zumindest auf eine angepasste Prämie haben müssten (Rechtssache Nr. 7894).

B.6.1. Die Artikel 10 und 11 der Verfassung gewährleisten den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung.

B.6.2. Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung schließt nicht aus, dass ein Behandlungsunterschied zwischen Kategorien von Personen eingeführt wird, soweit dieser Unterschied auf einem objektiven Kriterium beruht und in angemessener Weise gerechtfertigt ist.

Das Vorliegen einer solchen Rechtfertigung ist im Hinblick auf Zweck und Folgen der beanstandeten Maßnahme sowie auf die Art der einschlägigen Grundsätze zu beurteilen; es wird gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, wenn feststeht, dass die eingesetzten Mittel in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.

B.7. Der Gesetzgeber verfügt im wirtschaftlich-sozialen Bereich über einen breiten Ermessensspielraum. Der Gerichtshof darf die von ihm in diesem Bereich ergriffenen Maßnahmen nur missbilligen, wenn sie auf einem offensichtlichen Fehler beruhen würden oder wenn sie unvernünftig wären.

Der Gesetzgeber kann darüber hinaus nicht die Besonderheiten jedes Einzelfalls berücksichtigen. Er muss Kategorien anwenden, die notwendigerweise die unterschiedlichen Situationen nur mit einem gewissen Grad der Annäherung ausdrücken.

B.8.1. Der Ministerrat führt an, dass sich die eventuell unterschiedlichen Auswirkungen der angenommenen Maßnahmen auf die Haushalte nicht aus diesen Maßnahmen ergäben, sondern aus der tatsächlichen Situation der Haushalte, die sich je nach der Art der für die verschiedenen Energiebedürfnisse benutzten Energie und der unternommenen Anstrengungen, um den Energieverbrauch zu senken, unterscheiden. Laut dem Ministerrat sind die in B.5 erwähnten Personenkategorien nicht vergleichbar.

B.8.2. Insofern sie den Haushalten, die einen Gasversorgungsvertrag abgeschlossen haben, oder die mit Heizöl oder Propangas als Massengut heizen, neben der föderalen Stromprämie, die sie außerdem erhalten könnten, eine Prämie oder eine Zulage gewähren, sofern sie bestimmte Bedingungen einhalten, behandeln die angefochtenen Bestimmungen diese Haushalte anders als die Haushalte, die mit Strom heizen und die nur auf die föderale Stromprämie Anspruch haben. Der Umstand, dass sich diese Prämien und Zulagen auf die Haushalte in Anbetracht ihrer tatsächlichen Situation unterschiedlich auswirken, ändert daran nichts.

B.8.3. Außerdem sind die in B.5 erwähnten Personenkategorien vergleichbar, insofern es sich in beiden Fällen um Haushalte handelt, die vom Anstieg der Energiepreise betroffen sein können und die aus diesem Grund verschiedene Prämien und Zulagen der öffentlichen Behörden beanspruchen können.

B.9.1. Der Behandlungsunterschied beruht auf einem objektiven Kriterium, nämlich dem Umstand, dass der Haushalt einen Gasversorgungsvertrag abgeschlossen hat oder von einem Unternehmen mit Heizöl oder Propangas als Massengut beliefert worden ist, um seinen Hauptwohntort zu beheizen, oder nicht.

B.9.2. Wie in B.1 und B.2 erwähnt, sollen die vom Gesetzgeber eingeführten Prämien und Zulagen die Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise auf die Rechnungen der Haushalt so schnell wie möglich abmildern.

Angesichts dieses Ziels ist es nicht unvernünftig, dass der Gesetzgeber diese Prämien und Zulagen je nach der betreffenden Energiequelle gewährt hat, ohne den tatsächlichen Verbrauch der Haushalte oder die Art, wie diese die verbrauchte Energie konkret nutzen könnten, zu berücksichtigen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2022-2023, DOC 55-3016/001, SS. 8-10; *Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2915/001, S. 21). Diese vereinfachende Betrachtung der vielfältigen Situationen ist auch deshalb gerechtfertigt, weil die angefochtenen Maßnahmen zu einem Bündel von punktuellen Krisenmaßnahmen gehören, mit denen der Gesetzgeber schnell auf den außergewöhnlichen Anstieg der Energiepreise reagieren wollte. Somit kann es nicht dem Gesetzgeber vorgeworfen werden, dass er wegen der Probleme, die in den in B.2.2.3 zitierten Vorarbeiten angesprochen wurden, keine zusätzliche Prämie für die Haushalte, die mit Strom heizen, vorgesehen hat.

B.10. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass der angefochtene Behandlungsunterschied zwischen den Haushalten, die mit Gas, mit Heizöl oder mit Propangas als Massengut heizen, und den Haushalten, die zum Heizen ihrer Wohnung Strom einsetzen, vernünftig gerechtfertigt ist.

B.11. Die Nichtigkeitsklagen in den Rechtssachen Nrn. 7889, 7894 und 7916 sind unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

weist die Klagen zurück.

Erlassen in französischer, niederländischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 30. November 2023.

Der Kanzler,

Der Präsident,

N. Dupont

P. Nihoul